

Beschlussvorlage

STADT KARLSRUHE
Der Oberbürgermeister

20. Sitzung des Gemeinderates am**24.01.2006 TOP 5**

Vorlage Nr. 515

Öffentlich Nichtöffentlich

verantwortlich: Dez. 1

Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt" (nachfolgend SSP):

Projektiertes SSP-Gebiet Mühlburg – Vorbereitende Untersuchungen

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	ö	nö	Ergebnis
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat

- I. Der Gemeinderat nimmt von der Vorbemerkung Kenntnis und beschließt den Beginn der Vorbereitenden Untersuchungen.
- II. Das Bürgermeisteramt wird mit dem Vollzug des Beschlusses beauftragt.

Finanzielle Auswirkungen: nein ja

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
ca. 40.000 Euro	ca. 15.000 Euro	ja	entf.

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung Finanzposition: **2.6150.952000-19**

Ergänzende Erläuterungen: (= Restmittel aus Voruntersuchungen LSP City West; evtl. restlicher Aufwand wird aus Mitteln des Amtes für Stadtentwicklung finanziert)

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): Nein ja durchgeführt am Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: Nein ja abgestimmt mit

Formatänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig !

Seit Einführung des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt" im Jahre 1999 wurden für Karlsruhe folgende SSP-Gebiete ausgewiesen:

- SSP Oststadt-West, 42 ha, Programmlaufzeit 2000 - 2007
- SSP Innenstadt-West, 36 ha, Programmlaufzeit 2003 - 2011

Mit dem erwähnten Bund-Länder-Programm sollen die Wohn- und Lebensbedingungen, die wirtschaftliche Basis, die Lebenschancen sowie das Stadtteilimage betroffener Quartiere durch aktive, integrativ angelegte, ressortübergreifende Fördermaßnahmen nachhaltig verbessert und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort (Bewohner und Bewohnerinnen, Gewerbetreibende, private Investoren, Bürgervereine, soziale Institutionen usw.) ein sich selbst tragender Stabilisierungsprozess ausgelöst werden.

In der Sitzung des Gemeinderates am 14.12.2004 wurde die Thematik künftiger Stadtteilentwicklungsprozesse in Karlsruhe und deren zeitliche Abfolge in den Planungsausschuss verwiesen. Dieser hat sich in seiner Sitzung am 3.2.2005 grundsätzlich damit einverstanden erklärt, dass nach dem Landessanierungsprogramm City-West (beantragt 2005 für Laufzeit ab 2006) als nächstes ein Soziales Stadtgebiet Mühlburg angegangen werden soll.

Im fraglichen Bereich sind neben städtebaulichen Mängeln, wie Beeinträchtigungen durch verkehrsreiche Straßen und Knotenpunkte, hohe Siedlungsdichte und Überbauung sowie gewerbliche Nutzung in den Blockinnenhöfen, geringe Grün- und Freiflächenanteile und eine insgesamt problematische ökologische Gesamtsituation, teilweise ungeordnete Geschossigkeit sowie fehlende Stellplätze im öffentlichen Raum, auch Anzeichen von Sozialproblemen und Segregationserscheinungen (soziale Entmischung) festzustellen. Die Sozialstruktur lässt sich heute im Wesentlichen durch einen hohen Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung und hohe Arbeitslosenquoten charakterisieren (Anlage 1 "Aspekte der Stadtplanung / Sanierungsgebiet Mühlburg").

Die Abgrenzung für das in Aussicht genommene Sanierungsgebiet ist aus dem beigefügten Plan ersichtlich (Anlage 2).

Die Vorbereitende Untersuchungen zur Vertiefung der bisherigen Erkenntnisse zu städtebaulichen und sozialstrukturellen Missständen soll an ein externes Büro vergeben werden. Dieses soll - im Hinblick auf die sich anschließende Bürgerbeteiligung - mit einem dafür möglichen Büro bereits während den Vorbereitenden Untersuchun-

gen zusammenarbeiten. Dadurch soll ein frühzeitiger reibungsloser Informationsfluss und ein integratives Zusammenwirken der geforderten Kompetenzen in den Bereichen Stadtplanung, Sozialraumplanung und - späterem - Stadtteilmanagement über die gesamte Thematik und Laufzeit des Projektes von Anfang an gewährleistet sein. Erfahrungsgemäß kommt es bereits während der Vorbereitenden Untersuchungen zu wichtigen Kontakten mit Bürgern und Bürgerinnen sowie Schlüsselpersonen im Stadtteil. Für den späteren Prozess wichtige Vorgaben und Erkenntnisse sowie Einschätzungen aus der Verwaltung und Politik werden häufig schon während den Vorbereitenden Untersuchungen deutlich, ebenso erste Projektideen und Lösungsansätze. Dem soll durch die Auftragsvergabe Rechnung getragen werden.

Beschluss:**Antrag an den Gemeinderat**

1. Der Gemeinderat beschließt den Beginn der Vorbereitenden Untersuchungen.
2. Das Bürgermeisteramt wird mit dem Vollzug des Beschlusses beauftragt.

Hauptamt - Sitzungsdienste -
11. Januar 2006